

# Hanauer Draufzeiger

## Kritische Stadtzeitung zum „Wettbewerblichen Dialog“

### Der Wettbewerbliche Dialog

(in Hanau auch „WeDi“ genannt) ist ein noch relativ neues und wenig erprobtes Vergabeverfahren der Europäischen Union für besonders umfangreiche Projekte. In Hanau soll dieses Verfahren nach den Worten von Oberbürgermeister Claus Kaminsky einen „großen Wurf“ für die Hanauer Stadtentwicklung darstellen, mit dem vor allem einige bisher gescheiterte Pläne doch noch durchgeführt werden sollen. Dazu gehören ein großes Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz, ein Hotel in der Nähe des Congress Parks Hanau (CPH), ein Brüder-Grimm-Kulturzentrum und ein Multiplex-Kino.

Das Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz wurde vor Jahren nach heftiger öffentlicher Diskussion erst einmal auf Eis gelegt.

Im alten denkmalgeschützten Kanzleigebäude am Schlossplatz sammelte die Schlossplatzinitiative bereits im Jahre 2002 einige Tausend Unterschriften. Im folgenden Jahr wurde dieser Plan aufgegeben und als Standort kam die ehemalige Schlossplatzschule als Hotelstandort ins Gespräch, aber auch dieser Plan wurde aufgegeben. Ein Multiplex-Kino sollte schon einmal am Kanalortplatz entstehen - der Investor sprang jedoch wieder ab.

Im Rahmen des Wettbewerblichen Dialogs will der Magistrat Teile der Innenstadt „aufwerten“, das heißt als Wohn-, Lebens- und Einkaufsort für Besserverdienende und für den Konsum- und Kultur-Tourismus attraktiver machen. Dazu sollen eine ganze Reihe von Wohngebäuden mit geringem Standard und billigen Mieten in der Altstadt und der südlichen Innenstadt saniert oder abgerissen und teils mit Eigentumswohnungen ersetzt, teils zu höherwertigem und somit teurerem Wohnraum umgewandelt werden.

Im Wettbewerblichen Dialog soll die Aufgabe der Umgestaltung fast der gesamten Innenstadt letztendlich an einen einzigen Investor vergeben, der verschiedene Groß- und Kleinprojekte realisieren soll. Die Vorgaben darüber, welche Projekte der Investor zu bearbeiten hat und welche Aufgaben zu erfüllen sind, wurden von der Stadt getroffen, die Investoren haben dann die Vorschläge zur Umsetzung gemacht. Am 10. Mai 2010 sollen die beiden im Wettbewerb übriggebliebenen Firmen HBB aus Kiel und 3W aus Holland ihre Vertragsentwürfe vorlegen - und die Stadtverordneten sollen dann bereits am 31. Mai entscheiden, wer den Zuschlag bekommt.

In Wartestellung befindet sich der zuletzt aus dem „WeDi“ ausgeschiedene Konzern ECE für den Fall, dass sich die Vertragsverhandlungen des Magistrats mit dem letztendlichen „Gewinner“ des Investorenwettbewerbs zerschlagen. ECE ist bereits im Besitz des früheren Sporthauses Barthel und hat nach eigener Aussage bis Ende 2010 eine Kaufoption auf den kürzlich dicht gemachten Karstadt am Freiheitsplatz. ECE ist der größte und meist gehasste Bauherr und Betreiber von Einkaufszentren in Deutschland. Seine „Shopping Malls“ ließen anderen Ortes schon oft Einzelhändler und Bürgerinitiativen auf die Barrikaden steigen.

Mehr als eine Million hat die Stadt der „WeDi“ bereits gekostet. Die Gesamtkosten des „Wettbewerblichen Dialogs“ wurden ursprünglich auf 250 Millionen Euro geschätzt, mittlerweile ist

meist noch von 165 Millionen für den Investor und 40 bis 45 Millionen für die Stadt die Rede. Davon soll ca. die Hälfte über Einnahmen aus Grundstückverkäufen (vermutlich am Freiheitsplatz, an der Französischen Allee, an der Nordstraße und am Schlossplatz) sowie durch Fördergelder von Bund und Land abgedeckt werden. Als laufende Folgekosten der Stadt werden bisher 6,4 Mio. Euro genannt.

Genauere Zahlen dürften erst nach der Entscheidung für einen der Investoren bekannt werden. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass - wie bei Großprojekten oft der Fall - die Kosten später erheblich korrigiert werden müssen - und zwar nach oben.

### Die Verantwortlichen

Oberbürgermeister Claus Kaminsky und der Magistrat der Stadt Hanau stehen mit dem Plan, die Hanauer Innenstadt völlig umzustrukturieren, nicht allein. Sie werden unterstützt von fast allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen: vom regierenden „Kleeblattbündnis“ mit SPD, FDP, Bürger für Hanau (BfH) und den Grünen über die CDU bis hin zu den rechten „Republikanern“.

Oberster Koordinator der Hanauer Stadtplanung und damit auch des „Wettbewerblichen Dialogs“ ist Martin Bieberle. Als „rechte Hand“ des Oberbürgermeisters besetzt er zahlreiche wichtige Posten in der Stadtverwaltung und mehreren städtischen Betrieben.

### Grundsätzliche Ablehnung

Im Hanauer Stadtparlament stellen einzig die drei Stadtverordneten der Hanauer Linksfraktion den „Wettbewerblichen Dialog“ und die damit angestrebte Umstrukturierung der Hanauer Innenstadt grundsätzlich in Frage. Sie haben dies in den bisherigen Abstimmungen auch immer wieder deutlich gemacht und ausführlich begründet.

### Unterm Strich

**AUFWERTUNG** \* In Hanau wird seit Jahren von städtischer Aufwertung gesprochen. Nun wird in einem Rundumschlag die Entscheidung für fünf zentrale Plätze getroffen. „Aufwertung - klingt doch gut!“, lässt sich vielleicht denken. Vielleicht für diejenigen, die sich gestiegene Mieten und Lebenshaltungskosten leisten können, für alle anderen nicht. Denn tatsächlich zeigt sich in großen Städten immer wieder, dass dort, wo aufgewertet wird, die Folge eine zunehmende Verdrängung der eingesessenen Bewohnergruppen ist. Dies ist die berüchtigte Gentrifizierung. Da dies in kleinen Städten der Wohnungsmarkt selten alleine regelt, setzen in Hanau Projektentwickler Martin Bieberle, der Magistrat und die Baugesellschaft die Brechstange an, um einen solchen Prozess anzuschubsen: An der Niederländisch-Wallonischen Kirche wird der Block an der Französischen Allee regelrecht geräumt, um Besserverdienende anzusiedeln. Die Baugesellschaft lässt Wohnungen in der Altstadt wie auch rund um die Wallonisch-Niederländische Kirche zu hunderten leer stehen und ausgewählte Häuser modernisieren und aufwerten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Aber laut OB Kaminsky gibt es in Hanau gar keine Gentrifizierung. Da hat er recht - noch nicht nämlich.

## Warum wir den „Wettbewerblichen Dialog“ ablehnen

**Liebe Leserinnen und Leser, mit dieser Zeitung möchten wir Ihnen unsere Argumente gegen die mit dem „Wettbewerblichen Dialog“ geplanten Veränderungen der Innenstadt nahebringen.**

### Kein Dialog mit den BürgerInnen

Im Zuge des „Wettbewerblichen Dialogs“ sollen nach dem Willen der Stadtplaner - allen voran OB Claus Kaminsky und seine rechte Hand Martin Bieberle - große Teile der Innenstadt vollkommen umgekrempelt werden. Eine Beteiligung der davon betroffenen Hanauer BürgerInnen findet nur in der Form statt, dass sie per hübscher Präsentation lediglich „informiert“ werden. HanauerInnen, die direkt von einzelnen Maßnahmen betroffen sind, werden jedoch solange wie möglich hingehalten - z.B. beim geplanten Abriss der Wohnhäuser in der südlichen Innenstadt und der Altstadt. Stattdessen wurde mit der Einberufung eines handverlesenen und zur Verschwiegenheit verpflichteten „Beirats“ eine Bürgerbeteiligung lediglich vorgetäuscht. Und die direkt Betroffenen blieben außen vor. Bürgerversammlungen, die vor Jahren noch im Rahmen des „Modell Hanau“ durchgeführt wurden, gab es bisher nicht.

Erst nach Protesten des Mieterrats in der Französischen Allee fand dort eine so genannte „Mieterversammlung“ der Baugesellschaft statt, bei der die Stadtoberen keinen Deut von ihren Planungen abweichen wollten. Mittlerweile scheint aber auch klar, dass sie sich verschätzt haben. Denn anders ist nicht zu erklären, dass jetzt ein Teil der für den Abriss vorgesehenen Wohnhäuser in der Französischen Allee nun doch saniert werden soll (oder doch nicht?). Und das ganze Gebiet um die Wallonisch-Niederländische Kirche scheint nicht mehr Teil des „Wettbewerblichen Dialogs“ zu sein. Bisher galt das als „Pflichtaufgabe“ für die Investoren. (1)

Und erst jetzt, nachdem Proteste gegen den „Wettbewerblichen Dialog“ unübersehbar wurden und offenbar bereits zu Planungsänderungen führten, will die Stadt - am 17. Mai - eine Bürgerversammlung durchführen - nachdem das Hanauer Sozialforum und die Hanauer Linksfaktion im Stadtparlament dies gefordert haben. (2)

**Wir sind der Meinung, dass ohne eine Beteiligung der Hanauer Bevölkerung keine solch drastische Veränderung der Innenstadt durchgeführt werden darf!**

### „Aufwertung“ auf Kosten der ärmeren Bevölkerung

Mit dem geplanten Abriss bzw. teuren Modernisierungen der Baugesellschaftshäuser in der Französischen Allee sollen die teils seit Jahrzehnten darin lebenden Menschen von dort verdrängt werden, um Wohnraum für Besserverdienende zu schaffen und damit eine „Aufwertung“ der Stadtviertel zu erreichen. Die Betroffenen warten seit zehn Jahren vergeblich auf die versprochene Sanierung ihrer Wohnungen, die aus „Kostengründen“ immer wieder verschoben wurde. Gleichzeitig investierte die Baugesellschaft in den teuren Bau von Eigentumswohnungen, die lange nach ihrer Fertigstellung leer standen und z.T. immer noch unverkauft sind.

Auch in der Hanauer Altstadt sehen die Pläne der Investoren den Abriss von kostengünstigem Wohnraum vor, dessen Instandhaltung die Baugesellschaft seit Jahren vernachlässigt. Ein Investor will an der Nordstraße an Stelle der dortigen Wohnhäuser ein Multiplex-Kino bauen. Derselbe Investor will am Schlossplatz einen ganzen Wohnblock abreißen und durch ein Hotel

ersetzen, weil die Stadt dann angeblich ein paar Kongresse mehr ins CPH bekommen könnte. Auch dafür soll kostengünstiger Wohnraum vernichtet werden.

In der Altstadt, an der Französischen Allee, aber auch in anderen Teilen Hanaus lässt die Baugesellschaft zahlreiche Wohnungen leer stehen. Gleichzeitig steigt die Zahl der bei der Stadt Hanau gemeldeten Wohnungssuchenden wieder an.

**Wir lehnen es grundsätzlich ab, dass ärmere Bevölkerungsteile zugunsten Besserverdienender aus der Innenstadt verdrängt werden. Es sind ausreichend andere Wohnbauprojekte (z.B. auf den ehemaligen Kasernengeländen der US-Armee und der Bereitschaftspolizei) geplant, die einen Bedarf an „höherwertigem“ Wohnraum abdecken können.**

### Öffentlicher Raum wird verscherbelt

Der „Wettbewerbliche Dialog“ sieht vor, dass bisher öffentlich genutzte Flächen an den Investor verkauft oder per „Erbpacht“ für 99 Jahre vermietet werden.

Wenn das geplante Einkaufszentrum am Freiheitsplatz gebaut wird, verliert dieser Platz seinen Charakter als öffentlicher Raum und geht in den privaten Besitz des Investors über, der dann das Hausrecht hat. Das hat sehr weitreichende Folgen für alle bisher möglichen Nutzungen, die nicht aus Einkaufen und Konsumieren bestehen. Angefangen vom Demonstrationsrecht (der Platz am Schwanenbrunnen ist z.B. ein beliebter Platz für Kundgebungen) bis hin zum Aufenthaltsverbot für nicht erwünschte Personengruppen. Der künftige Eigentümer wird hier strikt am Profitinteresse und nicht am Allgemeinwohl orientiert handeln.

Einen Umbau der alten Gebäude um den Fronhof (Stadtbücherei) als Hotel für das CPH lehnen wir ab. Dieses Gebäude sollte weiterhin öffentlich genutzt werden und auf die geschichtliche Bedeutung stärker hingewiesen werden - z.B. als Gedenkstätte für die in der NS-Zeit dort inhaftierten politischen Gefangenen.

**Öffentlicher Raum muss öffentlich bleiben und entsprechend der Bedürfnisse der Hanauer BürgerInnen und seiner geschichtlichen Bedeutung gestaltet werden.**

### Konsum-Paradies statt Lebensqualität

Hanau soll attraktiver werden? Dagegen haben wir nichts. Aber wir bezweifeln, dass der „Wettbewerbliche Dialog“ dafür sorgen wird. Wer braucht denn ein glitzerndes Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz? Wer kann noch mehr einkaufen von dem Geld,

das für Viele immer weniger wird? Wer kann noch ein weiteres Restaurant besuchen, wenn die bereits vorhandenen schon unter Umsetzeinbußen klagen?

Und was soll ein Neubau auf dem Freiheitsplatz, wenn daneben mit dem ehemaligen Karstadt bereits ein großes Gebäude leer steht?

Der Grundgedanke hinter diesem Einkaufszentrum wie auch hinter dem gesamten „Wettbewerblichen Dialog“ ist, dass mehr kaufkräftige Menschen nach Hanau kommen. Sie sollen an Stelle hier bereits lebender HanauerInnen in „höherwertige“ Wohnungen ziehen, sie sollen als KonsumentInnen kommen oder als TouristInnen. Das soll dann für mehr Steuereinnahmen sorgen. Wir bezweifeln, dass durch den „Wettbewerblichen Dialog“ und insbesondere ein neues Einkaufszentrum nennenswert mehr Steuereinnahmen zu erwarten sind.

Und mehr Lebensqualität für die HanauerInnen schon gar nicht. Mit der massiven Bebauung des Freiheitsplatzes würde die größte Freifläche im Zentrum beseitigt. Nicht nur in Zeiten des Klimawandels ist das eine schlechte Idee, denn solche Freiflächen können und sollten als ökologische Zonen genutzt werden.

**Auch wir können uns den Freiheitsplatz schöner vorstellen: wie wäre es mit einem Bürgerpark? Was meinen Sie?**

Fußnoten:

(1) Frankfurter Rundschau 16.2.2010: „Das Geschenk sind die Pläne“

(2) Frankfurter Rundschau 27.2.2010: „Kein Dialog mit Bürger - Sozialforum kritisiert Stadtpolitik“ u. Frankfurter Rundschau 4.3.2010: „Linke fordern Bürgerversammlung“

### Unterm Strich

**DEMOKRATIE?** \* Beim WeDi wird der Investor als privater Entscheidungssträger DIREKT in der Stadtentwicklungspolitik beteiligt. Da dieser aber weder demokratisch gewählt noch kontrolliert wird, sondern die Aufgabe hat, größtmöglichen Profit aus dem Projekt zu ziehen, besteht die begründete Gefahr, dass er Entscheidungen auf Kosten von uns HanauerInnen treffen wird. Im WeDi wird ein Investor eingesetzt, der örtlich und sozial nicht gebunden ist, er handelt „global“ und ist nicht kontrollierbar. Zudem wird das Verfahren von OB Kaminsky und der regierenden Kleeblatt-Fraktion durchgesetzt, ohne dass es eine ernsthafte Bürgerbeteiligung gibt. Es wird lediglich präsentiert, also Werbung betrieben. Der handverlesene Beirat erfüllt diese Funktion jedenfalls nicht! Demokratie ist etwas anderes!

**Bürgerversammlung zum Wettbewerblichen Dialog am Montag, 17. Mai, 19 Uhr, im Congress Park Hanau**  
Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Scheuermann lädt zur allerersten Bürgerversammlung über die Umstrukturierung der Innenstadt ein. Wir rufen Alle auf: **Kommen Sie zur Bürgerversammlung und sagen Sie Ihre Meinung!**

**Lebendiges Hanau - Platz für Alle!**



**Stoppt den Wettbewerblichen Dialog!**

## Unterm Strich

UNTERNEHMEN STADT \* Der „Wettbewerbliche Dialog“ (WeDi) in Hanau ist typisch für eine neoliberale Stadtpolitik. Dabei suchen die gewählten Entscheidungsträger in der Stadtpolitik bewusst nach unternehmerischen Lösungen in der Stadtentwicklung. Unternehmerisch heißt dabei, dass nicht die Interessen der Bevölkerung an erster Stelle stehen, sondern nur in wirtschaftlichen Kriterien gedacht und entschieden wird. Typische Elemente dieser Stadtpolitik sind: Stadtmarketing, die Privatisierung kommunalen Eigentums (Freiheitsplatz), die Schaffung von gehobenem Wohnen und die Umwerbung von kaufkräftigen Neubürgern (Quartier für Besserverdienender an der Französischen Allee), die Auslagerung kommunaler Aufgaben in eigenständige GmbHs (Baugesellschaft GmbH, Hanau Marketing GmbH, etc. pp).

**KONKURRENZ** \* Wo sich Städte nur als Unternehmen und Wirtschaftsstandorte begreifen, sehen sie sich zwangsläufig in Konkurrenz zu anderen Städten. So auch in Hanau. In diesem Konkurrenzdenken fällt den Entscheidungsträgern, nicht nur in Hanau, nur eines ein: NOCH bessere Konditionen für Unternehmen schaffen, NOCH attraktivere Wohnangebote für Besserverdienende und NOCH besseres touristisches Angebot. Noch und Nöcher also! Daraus folgt, dass jetzt und in Zukunft die sowieso schon knappen Ressourcen (Stichwort: Rekordverschuldung der Stadtkasse) immer weiter NUR an die „Wunschgruppen“ gehen werden – also Wirtschaftsunternehmen, Besserverdienende und Touristen. Mit diesem „Wettbewerb der Kommunen“ werden überall unbeliebte und die BürgerInnen belastende Entscheidungen durchgesetzt. Wenn aber alle Städte sich untereinander permanent in Konkurrenz sehen und entsprechend handeln, wann soll dieser Teufelskreis eigentlich mal durchbrochen werden?!

**PUBLIC-PRIVATE-PARTNERSHIP\*** Die Umsetzung der einzelnen Teilprojekte im „Wettbewerblichen Dialog“ erfolgt über eine Zusammenarbeit zwischen dem privaten Investor und der Stadt Hanau. Man spricht hierbei von so genannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) bzw. nutzt den englischen Begriff Public Private Partnership (PPP). Faktisch wird bei einem solchen PPP-Verfahren kommunales Eigentum – wie beispielsweise der Freiheitsplatz – enteignet, da es an ein privates Unternehmen verkauft wird. Bei PPP-Projekten leiht sich der Investor oftmals selbst einen Großteil des Geldes für den Bau und vermietet dann die Gebäude über Jahrzehnte an die Stadt. Die Zinsen schlägt er auf den Mietpreis, die Mietforderungen verkauft er weiter, womit er seinen Gewinn macht. Die Stadt Hanau muss allerdings wegen der leeren Kassen selbst einen Kredit aufnehmen, um die Mieten bezahlen zu können. Doppelte Zinsen für die Kommune! So wird es bei der Stadtbibliothek sein und wohl auch beim Brüder-Grimm-Kulturzentrum. Es besteht bei diesen Verfahren immer die Gefahr, dass die Gewinne an die privaten „Partner“, die Defizite jedoch an die Kommune gehen. Da der WeDi bekanntermaßen unter einer gewissen „Geheimhaltung“ abläuft, so dass Fakten und Zahlen nicht präsentiert werden, sondern immer nur grobe Planungsschritte durchsickern, verkauft „die Hanauer Bevölkerung“ nicht nur Herzstücke der Stadt, sie weiß noch nicht mal zu welchem genauen Preis!

**EIN RECHT AUF HANAU FÜR ALLE** \* Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. In den Städten werden die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gelöst werden müssen. Dafür muss es zeitgemäße Konzepte geben, die Teilhabe und Gerechtigkeit in den Städten gewährleisten. Der „Wettbewerbliche Dialog“ ist dagegen eine Einbahnstraße zur veralteten Unternehmerischen Stadt. Er fördert den Abbau von Demokratie und Mitspracherecht, und läuft unter Geheimhaltung der tatsächlichen Folgen ab. Aber: Wir HanauerInnen haben das Recht auf Wohnhaltung, das Recht auf dauerhaftes öffentliches Eigentum und das Recht auf ehrliche Teilhabe und Mitbestimmung. Überall dort in Hanau, wo es Sanierungsbedarf gibt, muss eine behutsame Stadterneuerung unter Beteiligung der BewohnerInnen umgesetzt werden. Aufwertung muss ohne Verdrängung sozial Benachteiligter stattfinden. Gegen ein Unternehmen Hanau. Für eine soziale und gerechte Stadt!\*

# Solidarität mit den MieterInnen der Französischen Allee!

## Ehrlicher Dialog

Das Wohngebiet rund um die Wallonisch-Niederländische Kirche ist seit Anfang 2009 in den Schlagzeilen. Im Rahmen des Innenstadumbaues ist ein Abriss der Baugesellschaftshäuser und die Verdrängung der dort teils seit Jahrzehnten lebenden Menschen beschlossene Sache. 75 der 176 Wohnungen stehen dort leer.

## Die Vorgeschichte

1999 beschließt der Aufsichtsrat der Baugesellschaft, dass die Häuser der Französischen Allee saniert werden sollen. Damit sollte 2004 begonnen werden. Verzögerungen wurden später mit „Sanierungsstau“ begründet. Man gab zu verstehen, dass die Wohnblöcke erstmal warten müssten, weil andere Gebiete in Hanau zuerst an der Reihe seien. Bis heute wurden die von den BewohnerInnen geforderten und von der Baugesellschaft versprochenen Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt.

## Der Dialog

Am 16. Juni 2008 wurde der „WeDi“ von Magistrat und Stadtparlament auf den Weg gebracht. Im Oktober 2008 nahm eine Bewohnerin an einer Tagung zur Südlichen Innenstadt teil, bei der zufällig auf einem Plan sah, dass in ihrem Wohnblock bauliche Veränderungen vorgesehen seien. Nachfolgend hörte sie Gerüchte, dass die Häuser abgerissen werden sollen. Die Gerüchte wurden schließlich zur Gewissheit. Anfang Februar 2009 taten sich mehrere Mieter der Französischen Allee zusammen und gründeten den Mieterrat der Französischen Allee. Unterstützt wurde dieser von 100 betroffenen MieterInnen. Der Mieterrat wandte sich an die Medien und protestierte gegen das Abrissvorhaben. OB Kaminsky sah sich gezwungen, erstmalig öffentlich zu den Plänen in der Französischen Allee Stellung zu nehmen. Er erklärte, die Mieter sollen vor allem keine Ängste haben, „demnächst auf die Straße gesetzt zu werden“, denn Niemand könne etwas „zum Umfang und Art der Umgestaltung sagen“. (1)

Der Mieterrat erfuhr dann jedoch aus der im Internet veröffentlichten Projektbeschreibung des Wettbewerblichen Dialogs, dass „ein Abriss und Neubau der Bestandsgebäude zwingend erscheint“. (2) Auf dieser Internetpräsenz wird im Zusammenhang mit Wohnen bzw. Wohngebieten nicht einmal von den jetzigen Bewohnern gesprochen, sondern von einer „vitalen Zielgruppenmischung“, die stattdessen dort anzusiedeln sei. Die Sprecherin des Mieterrats, Jutta Cerniglia, kommentiert erbost: „Es geht hier doch nicht nur um Möbeltransporte, sondern um Menschen. Und die sind alle sehr verängstigt.“

## Menschen achten statt Gutachten!

Laut einem Gutachten der Baugesellschaft komme an der Französischen Allee eine Sanierung nicht mehr in Frage, weil sie zu teuer sei. Pro qm würde eine Sanierung der Häuser 2000 Euro kosten. Der vom Mieterrat mit der Prüfung beauftragte Frankfurter Architekt Jürgen Ehlers hält jedoch die Zahlen der Baugesellschaft für völlig übertrieben, da die Baugesellschaft von einem zu hohen Sanierungsstandard angibt, der bei vielen ähnlichen Wohnbauten auch nicht eingehalten wird. Es gibt natürlich Sanierungsbedarf, immerhin sind die Wohnungen über Jahrzehnte nicht saniert worden. Viele BewohnerInnen die dort den größten Teil ihres Lebens zuhause sind, teilweise ein halbes Jahrhundert lang dort leben, sollen nun für die Versäumnisse der Baugesellschaft die Zeche zahlen, und sollen dem Aufwertungswahn der Stadtentwickler weichen! Der als „Jahrhundertprojekt“ von den regierenden Fraktionen bejubelte WeDi ist tatsächlich eine Zerstörung von „Zuhause“ und der Erinnerung des 20. Jahrhunderts. Der Mieterrat kämpft weiter gegen den geplanten Abriss und kann jede Unterstützung gebrauchen!

(1) Frankfurter Rundschau v. 20.2.2009: „Kaminsky beruhigt besorgte Mieter“

(2) www.wettbewerblicher-dialog.de

Webseite des Mieterrats:

<http://mieterrat.blogspot.de/>



Mitglieder des Mieterrats bei der Kundgebung gegen den Wettbewerblichen Dialog am 7.12.2009 vor dem Hanauer Rathaus

## „Die Würde des Menschen ist unantastbar“

so steht es im Grundgesetz. Aber was zur Zeit in Hanau mit uns Mietern der städtischen Baugesellschaft passiert, die unmittelbar vom Wettbewerblichen Dialog betroffen sind, ist meines Erachtens unmenschlich.

Gerade die älteren unter uns, die ihr Leben während und nach dem Krieg gemeistert haben, durch harte Arbeit sich ein gemütliches Zuhause geschaffen haben, Kinder großgezogen haben, leiden unsäglich. Sie wollten so lange wie möglich, in ihrer gewohnten Umgebung mit sich allein zurecht kommen. Denn wenn man im Alter größeren Veränderungen ausgesetzt ist, wird man unsicher im alltäglichen Leben und das große „Suchen“ begin-

nt, weil sich nichts mehr an seinem alten Platz befindet. Im Alter ist bekanntlich das Langzeitgedächtnis dominant. So etwas lässt die Menschen an sich selbst zweifeln und fördert die Unsicherheit.

Deshalb kann man nicht von sozialverträglichen Maßnahmen reden, wenn man seitens der Stadt und der Baugesellschaft beim Umzug in eine seelenlose Wohnung behilflich sein will. Durch Gespräche gerade mit den ältesten „mitbetroffenen“ Mietern, habe ich Aussprüche gehört wie: „Wenn ich hier raus muss, nehme ich mir das Leben“, oder: „Vielleicht sterbe ich ja, bis es hier los geht“ (gemeint ist die Zwangsumsiedlung). So auch ein unmittelbarer Nachbar, 84 Jahre alt, der mir, mit Tränen in den Augen, sagte: „Ich will hier nicht weg und auch nicht ins Altersheim“. Er hält seine Wohnung allein in Ordnung, genießt seinen sonnigen Balkon

# Wohnungsnot in Hanau - aber nicht für alle

Kennen Sie das Gefühl, eine preiswerte Wohnung zu suchen und keine zu finden? Haben Sie sich schon mal gefragt, wie das sein kann, wo doch so viele Wohnungen in der Innenstadt leer stehen, zum Teil schon seit Jahren und nichts passiert? Haben Sie das Gefühl, zu der Art von Pechvögeln zu gehören, deren Namen auf den Wartelisten beim Wohnungsamt oder der Baugesellschaft vergeblich, ohne dass Ihnen je eine Wohnung angeboten wird? Ja? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie - und eine weniger gute. Sie sind gar kein Pechvogel. Sie sind nur genauso in den Hintern gekniffen wie viele andere auch. Mit Pech hat das nämlich wenig zu tun. Aber mit Wohnungspolitik.

Beim Hanauer Wohnungsamt sind viele Bewerber für eine Sozialwohnung registriert - Tendenz steigend. Das Dumme daran ist, dass es immer weniger solche Wohnungen gibt. Soziale Wohnraumförderung findet praktisch kaum noch statt. Und für die meisten alten Sozialwohnungen sind die (zeitlich begrenzten) Bindungsfristen inzwischen abgelaufen, was zu deutlich höheren Mieten führt. Auch bei der Baugesellschaft der Stadt Hanau gibt es Wartelisten für Wohnungssuchende, ebenso bei der Nassauischen Heimstätte (Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes Hessen) sowie den anderen Wohnungsunternehmen des ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsbaues.

## Wohnungsprivatisierung auf dem Vormarsch - von der gemeinnützigen Wohnung zum Renditeobjekt für Kapitalanleger

Dafür werden immer mehr ehemalige Wohnungen des früheren gemeinnützigen Wohnungsbaues privatisiert und kommen viel teurer wieder auf den Wohnungsmarkt. Warum ist das so? Die Baugesellschaften haben in

ihren Altbeständen über viele Jahre notwendige Renovierungen systematisch unterlassen und kaum Geld in die Instandhaltung ihrer Wohnungen gesteckt. Viele ältere Wohnblöcke sind daher seit langem in desolatem Zustand und kaum noch bewohnbar. In den „Wohnungspolitischen Leitlinien“, dem offiziellen Dokument der Stadt Hanau zur Begründung ihrer Wohnungspolitik, räumt die Stadtverwaltung das selbst ein. Jetzt fehlt das Geld, um den riesigen Renovierungsstau bewältigen zu können. Daher verkaufen Stadt und Baugesellschaften in großem Umfang Altwohnungen an die Privatwirtschaft. Allein die Baugesellschaft und die Nassauische Heimstätte haben in den letzten 4 Jahren in Hanau an die 1000 marode Wohnungen aus den fünfziger Jahren und älter an sogenannte „Immobilienentwickler“ verkauft. Das sind Firmen, deren Geschäft darin besteht, schlechte Altwohnungen in großem Stil billig aufzukaufen, und dann teuer an die alten Mieter oder an Kapitalanleger weiterzuverkaufen. Das geht dann so: Die früheren Mieter werden vor die Wahl gestellt, entweder die Wohnung selbst zu kaufen (was viele nicht können) oder nach erfolgter (oft nur oberflächlicher) Sanierung eine weitaus höhere Miete an einen Privatvermieter zu zahlen, für den die gerade teuer gekaufte Wohnung nur ein Renditeobjekt ist.

Neubauwohnungen gibt es übrigens auch wieder mehr in Hanau. Sogar solche, die die Baugesellschaft bauen lässt. Gehen Sie doch mal in die Luise-Schröder-Straße in der Altstadt (zwischen Marienkirche und Karl-Rehbein-Schule). Da stehen seit vier Jahren neue Eigentumswohnungen leer, weil die Baugesellschaft sie nicht loskriegt. Die können Sie ja kaufen. Ab 100 000,- Euro sind Sie dabei (für eine echt kleine 2-Zimmer Wohnung) zu klein? Maisonette- und Penthouse-Wohnungen stehen auch noch ein paar leer. Für schlappe 200 000,- oder mehr könnten Sie.... Wie, Sie haben gerade keine Viertelmillion übrig? Na

mit den blühenden Geranien, hört gerne Schlager- und Volksmusik und singt lauthals mit. Wird er das in Zukunft noch können?

Auch die jungen Familien mit Kindern, die ihre Wohnungen auf eigene Kosten in modernen hochwertigen Wohnraum verwandelt haben, ihre Kinder, so wie auch früher die Kinder der älteren Mieter – und jetzt auch deren Kinder – in dem schönen grünen, geräumigen Innenhof mit Kinderspielplatz viel Freiraum zur gesunden Entwicklung zur Verfügung haben, sehen nun bangen Herzens in die Zukunft.

Es ist zu erwarten, dass viele von uns Schaden an Leib und Seele nehmen, was mitunter schon geschehen ist (massive Schlafstörungen, Bluthochdruck, Herzbeschwerden usw.). Denn das Eine ist nicht vom Anderen zu trennen. Seit mehr als einem halben Jahr ist für uns nichts mehr wie es vorher war. Die Sonne scheint nicht wie sonst. Auch die Blumen blühen anders als sonst. Wir nehmen das Treiben in der Stadt nur noch am Rande wahr.

Damit will ich zum Ausdruck bringen, wie die betroffenen Menschen unter der Entscheidung der jetzigen Kleeblattpolitik leiden. Ist der Mensch in unserer heutigen Gesellschaft nur noch eine Nummer oder eine Marionette? Ich glaube, das Ende der „Fahnenstange“ ist erreicht! Man sollte sich besinnen, was zuerst da war – der Mensch oder die Wirtschaft? – Also muss die Wirtschaft für den Menschen da sein - und nicht umgekehrt!!

Jutta Cerniglia, Sprecherin des Mieterrats, im Juli 2009

gut, hier gibt's auch noch Mietwohnungen. Die kosten zwar 50% mehr Miete als die alten Wohnungen, die hier abgerissen wurden, aber dafür sind sie wenigstens neu. Wie, das ist Ihnen auch zu teuer? Ach so, Sie suchen immer noch preisgünstigen Wohnraum? Da geht es Ihnen ja wie den etwa 80 Altmietparteien, die vor dem Abriss in diesem Wohnblock gelebt haben. So gut wie keiner ist nach dem Neubau wieder eingezogen, obwohl Stadt und Baugesellschaft die übliche Leier gesungen haben von wegen „Niemand muss hier wegziehen, Verdrängung findet nicht statt“ etc. Verstehen Sie jetzt, warum Sie gar kein Pechvogel sein können? Pech hat nur, wer schlechter dran ist als vergleichbare Artgenossen.

## Städtische Klientelpolitik für den Mittelstand - auf Kosten der einfachen Leute

Aber Spaß beiseite, die Sache ist eigentlich zu Ernst um sich darüber lustig zu machen. Die bisherigen Versuche, hochwertigen Wohnraum zu schaffen anstelle alter Einfachwohnungen, endeten zwar als Investitionsruinen. Aber jetzt heißt es: Augen zu und durch. Im Wettbewerblichen Dialog wird dies von der



Von der Baugesellschaft vernachlässigt

# Alles muss raus: Stadtgeschichte im Ausverkauf



Im Rahmen des „Wettbewerblichen Dialogs“ hat der Magistrat die Umgestaltung des Schlossplatzes zur Pflichtaufgabe für die Investoren erklärt. Sie liefert damit den ältesten und einen der historisch wertvollsten Plätze der Kernstadt der Verwertungslogik von Finanzjongleuren aus und betreibt den Ausverkauf der Stadtgeschichte.

Mit der Errichtung einer Wasserburg durch Dammo von Hagenowe im 12. Jahrhundert begann die – historisch nachweisbare – Siedlungsgeschichte Hanaus. Die Wasserburg lag auf einer von zwei Kinzig-Armen umschlossenen Insel. Die einzigen noch heute existierenden Gebäude, die an die Anfänge der Entwicklung der Stadt Hanau erinnern, sind der seit 1338 bezeugte Wasserturm sowie der 1457 erstmals urkundlich erwähnte Fruchtspeicher (hinter der Stadtbibliothek) und das gegen Ende des 17. Jahrhundert errichtete Kanzleigebäude, in dem die Stadtbibliothek gegenwärtig untergebracht ist.

Der Stellenwert, den die Stadt Hanau ihrer Keimzelle beimisst, ist an 39,5 x 39,5 cm großen, grünen Metalltafeln abzulesen, die in telegrafischer Kürze dürre historische Fakten auflisten. Die am Fruchtspeicher montierte Tafel gibt Auskunft darüber, dass dieses Gebäude einst Gestapo-Gefängnis war und für

Stadt jetzt in größerem Umfang geplant als je zuvor. Hunderte von Wohnungen in der Altstadt und der südlichen Innenstadt sollen abgerissen werden. Ein großer Teil davon soll als hochwertiger Wohnraum neu entstehen, und für ein Luxushotel und ein großes Multiplex-Kino ist dann auch endlich genug Platz, findet die Stadtverwaltung. Neu ist auch, dass hierbei ganze Wohnblöcke entmietet, abgerissen und die Grundstücke an den Investor verkauft werden sollen. Dieser soll dann Eigentumswohnungen in Eigenregie bauen und verkaufen. Hierbei geht es der Stadt und der Baugesellschaft nicht mal darum, ob die Wohnungen sanierungsfähig sind und tatsächlich abgerissen werden müssten. Jeder, der die Wohnblöcke der Baugesellschaften ein wenig kennt, weiß, dass beispielsweise der Wohnblock an der



Leeres Wohnhaus in der Badergasse

Hanauer Widerstandskämpfer die erste Station ihrer Leidenswege auf dem Weg ins KZ, in Strafkompagnien oder den Tod darstellte. Wie viele Menschen wurden von den Faschisten im Fronhof eingesperrt? Aus welchen Gründen hatten sie sich den braunen Machthabern entgegen gestellt? Was ist aus ihnen geworden?

Gleich am Tag der Machtübergabe an die NSDAP, dem 30. Januar 1933, wurden 45 Wahlkandidaten der KPD verhaftet und in den Fronhof gebracht. Von Heinrich Eckardt, dem KPD-Stadterordneten, der zunächst untertauchen konnte, weiß man, dass er ins KZ Breitenau kam. Im Mai 1935 stand er mit weiteren Widerstandskämpfern im „88er-Prozess“ vor Gericht und wurde zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Ablauf dieser Strafe brachten ihn die Nazis ins KZ Buchenwald, wo er bis zum Kriegsende blieb. Danach konnte er sein politisches Engagement, z.B. in der Gewerkschaftsbewegung und der AOK fortsetzen.

Hans Kargl, Stadtverordneter der SPD, verbrachte ein Jahr Haft in fünf verschiedenen Gefängnissen und wurde dann in die KZ Sachsenhausen und Dachau gebracht. Nach dem Krieg engagierte er sich für die SPD in der Stadtverordnetenversammlung und als Stadtrat.

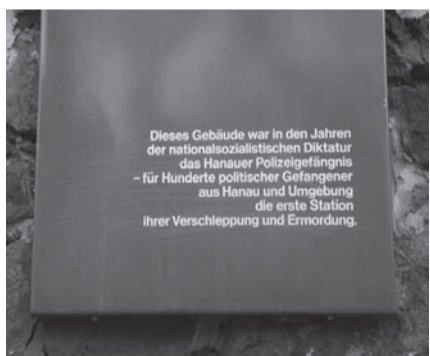
Französischen Allee (Westkarree) in viel besserem Zustand ist als etliche andere Wohnblöcke in der Stadt, bei denen niemand von Abriss redet. In Wahrheit geht es Stadt und Baugesellschaft darum, für einkommens- und damit konsumstarke Bürger ein Innenstadtquartier direkt neben den schönen neuen Einkaufszentren - attraktiv herzurichten. Sozialdezernent Axel-Weiss-Thiel hat dies im Juli vergangenen Jahres in bemerkenswerter Deutlichkeit gesagt: „Die gute Wohnlage muss zum allgemeinen Wohle Hanaus den Leistungsträgern der Gesellschaft vorbehalten werden.“ (1) Dass dafür die bisher hier lebende Bevölkerung vertrieben werden muss, ist für die Stadtoberen offensichtlich kein Problem. Es wird ihnen nur dann unangenehm, wenn die Betroffenen lautstark und öffentlich protestieren, wie das Beispiel des Mieterrates der Französischen Allee zeigt. Und viele der vertriebenen Bürgerinnen und Bürger werden sich über kurz oder lang am Rande der Stadt wiederfinden, z.B. in den Wohnblöcken der früheren Kasernen der US-Armee in Wolfgang. Aber sie können sich trösten. Die schönen großen Häuser und Grundstücke in der Nachbarschaft sind auch hier den „Leistungsträgern der Gesellschaft“ vorbehalten, z.B. Claus Kaminsky persönlich, der hier eine schnuckelige Immobilie erworben hat. Der ist übrigens auch kein Pechvogel. Er ist nur nicht so in den Hintern gekniffen wie Sie und viele andere. Schließlich betreibt er als Oberbürgermeister den Wettbewerblichen Dialog in vorderster Verantwortung und sitzt auch im Aufsichtsrat vieler städtischer Firmen u.a. der Baugesellschaft.

(1) Hanau-Post 18.7.2009: „Hanau eine Stadt der Reichen?“

Zu denen, deren Weg im Kampf für Demokratie und soziale Gerechtigkeit sich heute noch nachzeichnen lässt, gehören auch Hellmuth Röder (KPD) sowie Albert Niclas und Karl Rehbein (SPD). Was ist aus den Christen Dr. Richard Lind und Karl Scheig geworden? Wie erging es Philipp Jörg und Margarete Obenauer?

Einen würdigen Ort des Gedenkens an diese Menschen sucht man in Hanau vergebens. Dabei stehen sie in bester Tradition des in Hanau schon lange währenden Kampfes für Demokratie, Aufklärung und Bürgerrechte. Schon 1830 hatten sich Hanauer Bürger in Zeiten des Hungers und der Ausplünderung durch den Adel gegen die Obrigkeit erhoben, sich Kaufleute vorgeknöpft, die mit Wucherpreisen aus der Krise Profit zogen und das Hauptzollamt am Main gestürmt. In Anlehnung an die Parolen der Französischen Revolution forderten Hanauer eine bürgerliche Verfassung und Pressefreiheit. Die revolutionäre Turnerbewegung war in Hanau fest verwurzelt – eine Abordnung Hanauer Turner zog in Baden in die Schlacht gegen absolutistisch herrschende Fürsten.

Auf diese Tradition weisen Oberbürgermeister Kaminsky und andere Magistratsmitglieder in Festreden gerne hin; schmücken sich mit der Fortschrittlichkeit Hanauer Freiheitskämpfer. Auch am 19. März fehlt es in keinem Jahr an Betroffenheitsrhetorik ob der Opfer, die der faschistische Raubzug durch Europa auch in Hanau forderte. Doch Blumengebinde und verschämt platzierte Gedenksteine reichen nicht aus, um die Menschen zu ehren, die sich für Bürgerrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzten. Die Erforschung der Lebenswege dieser Hanauer Bürger und ihrer politischen Ziele ist dringend geboten. Die Ergebnisse der Forschungen müssen in einer dauerhaften Ausstellung vor allem den jungen Menschen zugänglich gemacht werden. Fruchtspeicher und Kanzleigebäude sind die angemessenen Orte für ein „begreifendes Gedenken“. Das gereichte den mutigsten Hanauern und ihrer Stadt zur Ehre.



**Noch mehr leere Betten?**  
1102 Betten stehen Besuchern der Stadt Hanau derzeit zur Verfügung. Einem Artikel im „Hanauer Anzeiger“ vom 17.03.2010 zufolge wurden im Jahr 2009 insgesamt 133.998 Übernachtungen gezählt. Das bedeutet, dass pro Nacht 367 Gäste ihre müden Häupter in Hanauer Hotels zur Ruhe betteten – eine Auslastung von mageren 33,3 %. Selbst wenn sich der Besucherstrom aufgrund neuer „Attraktionen“, wie etwa dem Brüder-Grimm-Zentrum, verdreifachen würde, wäre die Bettenkapazität noch ausreichend. Und auch falls sich nach der Realisierung der Umbaupläne ein Zuwachs an Gästen einstellen sollte, ist es unrealistisch, eine auf Dauer stabile „Touristenschwemme“ zu erwarten. Wozu braucht Hanau ein weiteres Hotel und weitere leere Betten?

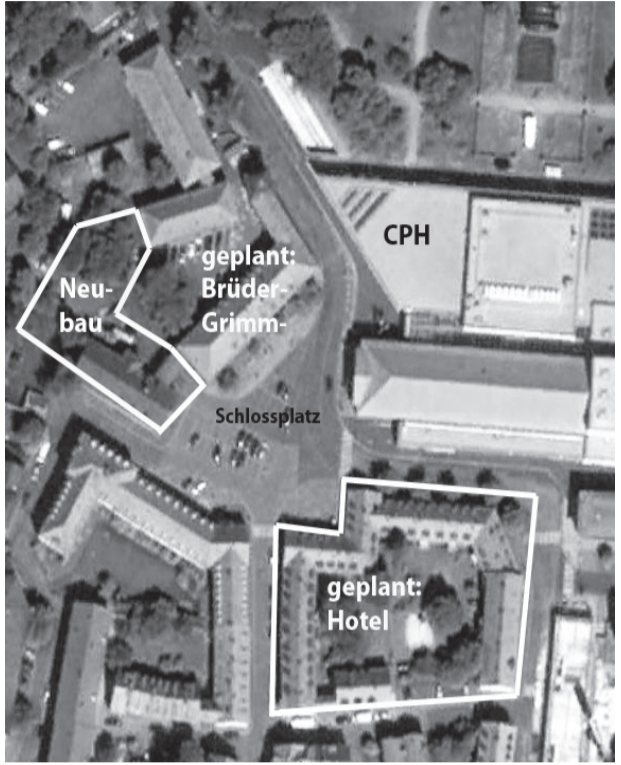
**MieterInnen haben Rechte!**  
Wie Sie sich wehren können, wenn Ihre Wohnung plötzlich zur Eigentumswohnung werden soll oder wenn der Vermieter Ihnen kündigt, weil er das Haus verkaufen will, können Sie beim Frankfurter Verein Mieter helfen Mietern e.V. erfahren:  
Tel. 069 / 28 35 48  
Email: post@mhm-ffm.de  
Internet: mhm-ffm.de

# „Aufwertung“ der Hanauer Altstadt Die Pläne der Investoren...

## HBB: Abriss preiswerten Wohnraums für Hotel und Multiplex-Kino

Wenn es nach den Plänen des Kieler Investors HBB geht, wird für das von den Stadtplanern gewünschte Hotel am CPH ein ganzes Straßenkarree mit Wohnhäusern abgerissen...

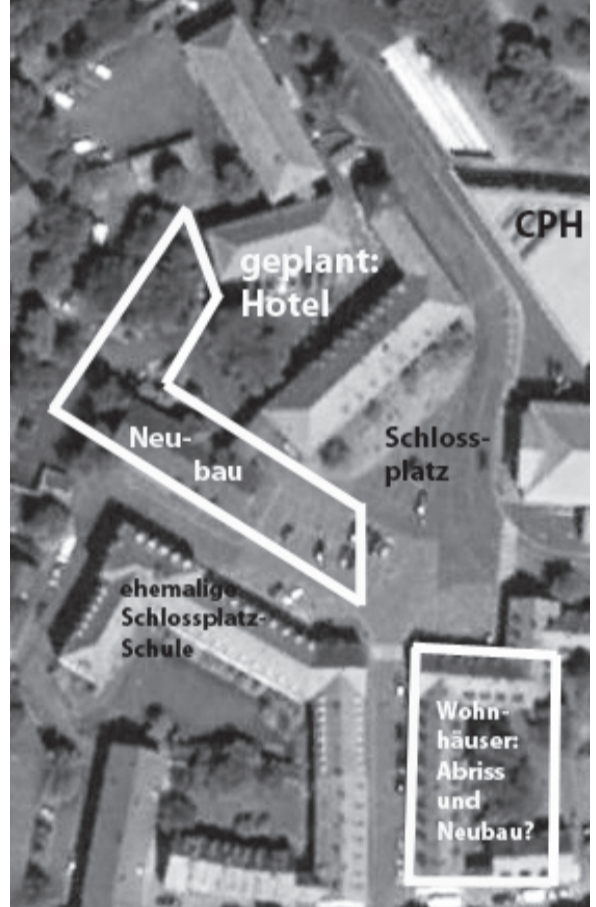
...und für ein Multiplex-Kino muss ein Wohnblock an der Nordstraße weichen. Das „Brüder-Grimm-Zentrum“ soll im alten Kanzleigebäude einziehen, Stadtbücherei und Stadtarchiv auf den Freiheitsplatz.



## 3W: Hotel in's Kanzleigebäude und neue Häuser am Schlossplatz

Der holländische Investor 3W will die alten, ehemals gräflichen Regierungsgebäude (Sitz der Stadtbücherei) am Schlossplatz mit zusätzlichen Anbauten zum Hotel für das CPH machen. (Durch die Anbauten gegenüber der ehemaligen Schlossplatzschule würde eine kleine neue Straße entstehen.)

Gegen diese Nutzung des bisher öffentlichen und denkmalgeschützten Gebäudes kämpft nicht nur die Schlossplatzinitiative ...



## ...und der Baugesellschaft

Wo die Investoren für's Grobe (= profitträchtige Großprojekte) zuständig sind, kümmert sich die Baugesellschaft um die „Feinarbeit“: die „Aufwertung“ des Stadtteils beginnt mit dem Leerstand der bisher preiswerten Wohnungen – saniert wird erst später. In der Altstadt sollen zunehmend Kunstgewerbler sowie Cafés und Restaurants für die etwas gehobene Preisklasse angesiedelt werden. Viele der jetzigen BewohnerInnen passen da nicht mehr ins Bild...



leere Wohnungen der Baugesellschaft am Altstädter Markt

# „Hanau baut“ ein Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz – aber was soll das?

Nach den Plänen der Investoren wird der Freiheitsplatz in Kürze als große offene Freifläche mitten in der Stadt verschwunden sein. Beide Entwürfe entsprechen offensichtlich den Wünschen von OB Kaminsky, seinem Magistrat und fast aller Stadtverordneten. Das dort vor allem geplante Einkaufszentrum ist das lukrative Kernstück des „Wettbewerblichen Dialogs“, für den letztlich übrig bleibenden Investor. Die „Stadt Hanau“ (gemeint sind hier die Stadtoberen) erwartet sich vom Bau dieses Einkaufszentrums und den anderen Teilprojekten des Wettbewerblichen Dialogs höhere Gewerbesteuereinnahmen, eine „Belebung“ Hanaus als Einkaufsstadt und touristischem Anziehungspunkt, und eine „Aufwertung“ der Innenstadt durch die Ansiedlung Besserverdienender.

einer einzigen Stadt zusätzliche Kaufkraft von außerhalb angezogen worden. In allen anderen Städten hätten die Einkaufszentren lediglich die „vorhandene Kaufkraft zu Lasten des bisherigen Einzelhandels abgesaugt.“ (1)

Nach dieser Studie werden – wegen des neuen Einkaufszentrums – viele der kleineren Geschäfte im Umfeld ebenfalls nicht vom „Wettbewerblichen Dialog“ profitieren. Dass die Ladenmieten zunächst steigen werden, ist schon ausgemacht. Dass es bereits während der mit 3 Jahren angesetzten Bauphase des Einkaufszentrums erhebliche Umsatzeinbußen vieler Geschäfte in der Innenstadt geben wird, ebenso.

Viele kleinere Einzelhändler in Hanau haben deshalb Angst vor einem Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz. Aber offensichtlich

Fünf Jahre später jedoch holt Kaminsky die alten Pläne wieder aus der Schublade hervor und „zauberte“ mit dem „Wettbewerblichen Dialog“ einen Gesamtplan zur Umstrukturierung der Innenstadt herbei. Nach diesem Plan sollen durch den Bau eines großen Einkaufszentrums viele andere Sachen möglich werden: eine größere Stadtbücherei, ein neues Brüder-Grimm-Zentrum als touristischer Anziehungspunkt, ein komfortables Hotel für den Zuschussbetrieb „Congress Park Hanau“, ein Multiplex-Kino usw. – und eine viel schönere Innenstadt.

Wir gehen davon aus, dass ein großes Einkaufszentrum die Innenstadt nicht schöner machen wird – im Gegenteil: die Lebensqualität in unserer Stadt würde Schaden nehmen.

## Freiräume statt Investorenräume!

Mit dem „Wettbewerblichen Dialog“ einher geht der Ausverkauf öffentlicher Flächen. Der Freiheitsplatz soll an den Investor verkauft werden (oder für 99 Jahre verpachtet) und anschließend teilweise – für Bibliothek und evtl. ein Brüder-Grimm-Zentrum – zurückgemietet werden. Die öffentliche Nutzung würde weitgehend den Interessen des neuen Hausherrn untergeordnet sein. Wer sich dann noch dort aufhalten darf, entscheidet die Security. Demokratische Ausdrucksformen wie Demonstrationen und Kundgebungen wären kaum mehr möglich.

## Öffentlicher Nahverkehr statt Klimakiller!

Die Pläne der Investoren sehen vor, den Busbahnhof auf dem Freiheitsplatz erheblich zu reduzieren, im Fall von 3W soll der Busverkehr sogar auf nur eine Straße konzentriert werden. Die Folge wäre eine Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs in die Innenstadt hinein. Zu Stoßzeiten ist der Freiheitsplatz sehr belebt – wo sollen die BerufspendlerInnen und die SchülerInnen hinverschoben werden, die den Freiheitsplatz als Umsteigeort benutzen und zum Leben in der Innenstadt erheblich beitragen?

Der öffentliche Nahverkehr, der in Hanau bisher gut genutzt wird, müsste eher ausgebaut werden, um die Stadt für ihre BewohnerInnen und BesucherInnen attraktiver zu machen!

## Autofreie Stadt - das Beispiel Hasselt

Ein Beispiel aus Belgien könnte hier Schule machen. In Hasselt (mit 70.000 EinwohnerInnen vergleichbar mit Hanau) hatte das Stadtparlament 1997 eingeführt, dass der öffentliche Busverkehr für alle kostenlos zur Verfügung steht! Ein Ergebnis ist, dass die Stadt dadurch touristischer Anziehungspunkt über die Region hinaus geworden ist. Statt täglich durchschnittlich 1.000 Fahrgästen im Jahr 1996 fuhren im Jahr 2006 bereits 12.600 Menschen mit dem Bus, die Gastronomie boomt und die Geschäfte der überdurchschnittlich vielen Läden laufen gut. Insgesamt bilanziert der dortige Bürgermeister: mehr Lebensqualität, bessere Luft, keine Staus und im Großen und Ganzen zufriedener Bürgerinnen und Bürger. (4)

Anstatt also solche Potenziale zu nutzen, liegt der Schwerpunkt der Planer in Hanau darauf, ganz unökologisch den Individualverkehr weiter in die Innenstadt fahren zu lassen. Anstatt die Zahl der Autos zu verringern, was sowohl für das globale als auch für das städtische Klima absolut zukunftsweisend wäre, sollen sie in einer Tiefgarage versteckt werden.

Impressum:  
Herausgeber: Innenstadt AG  
des Hanauer Sozialforums  
V.i.S.d.P.: H. Putsche, Hanau  
Druck: Caro Druck, Frankfurt

Auflage: 10.000

Das Erscheinen dieser Zeitung haben durch Mitarbeit und / oder finanzielle Unterstützung ermöglicht:

attac Hanau - Autonomes Kulturzentrum Hanau - DKP Main-Kinzig - Mitglieder des Mieterrats der Französischen Allee - und viele andere KritikerInnen des Wettbewerblichen Dialogs

Die Kosten dieser Zeitung sind leider noch nicht gedeckt! Und auch für unsere weitere Arbeit benötigen wir Geld. Deshalb bitten wir um Spenden auf das Konto:

Kultur- und Sport-Club Hanau Schwarz-Rot e.V.  
Kontonummer: 8194623  
Sparkasse Hanau BLZ 506 500 23  
Verwendungszweck: WeDi

KritikerInnen des Wettbewerblichen Dialogs treffen sich regelmäßig alle 2 bis 3 Wochen Montags im DGB-Jugendheim am Freiheitsplatz. Bei Interesse können Sie den nächsten Termin erfragen bei: [InnenstadtAG@gmx.de](mailto:InnenstadtAG@gmx.de)

Kritische Innenstadtführungen  
Jeden Monat findet einmal sonntags eine Kritische Führung zu den Brennpunkten des Wettbewerblichen Dialogs statt. Veranstalter: Innenstadt AG. Achten Sie auf Ankündigungen in der Presse!

Weitere kritische Informationen zum Wettbewerblichen Dialog: <http://innenstadthanau.blogspot.de/>  
<http://mieterrat.blogspot.de/>  
<http://dielinkehu.wordpress.com/tag/wettbewerblicher-dialog/>

Seite der Stadt Hanau im Internet:  
[www.wettbewerblicher-dialog.de/](http://www.wettbewerblicher-dialog.de/)



## Der Wettbewerb soll's richten...

Das ganze soll funktionieren als Wirtschaftsmotor in der Konkurrenz zum Umland, zu den großen Städten Frankfurt und Offenbach, aber auch zu den kleineren Städten in unmittelbarer Nähe wie z.B. Bruchköbel, Nidderau und Maintal oder auch Gelnhausen. Zumindest die „Großen“ schlafen aber auch nicht und machen dasselbe: in Offenbachs City wurde 2009 das KOMM-Einkaufszentrum eingeweiht, in Frankfurt im selben Jahr das MyZeil und im Osten Frankfurts ist ein weiteres Einkaufszentrum geplant. Während der dortige Einzelhandel letzteres genauso bekämpft wie der hiesige das auf dem ehemaligen Gleisbauhof als „Kinzigbogen“ geplante Einkaufszentrum, sieht der Frankfurter Planungssprecher eine Stärkung Frankfurts im wirtschaftlichen Wettstreit mit den östlichen Nachbarn: „In Hanau tut sich derzeit sehr viel mit dem Ausbau von Verkaufsflächen. Es ist uns lieber, dass die Käufer nach Frankfurt fahren.“

## ...aber wer sind die Verlierer des Konkurrenzwahns?

In dieser Logik des Wettbewerbs und der Konkurrenz wird es natürlich Verlierer geben: entweder „das Umland“, „die Städte“ Frankfurt und Offenbach, oder eben Hanau. Denn irgendwann ist der Markt auch mal gesättigt und das gilt schon länger, gerade jetzt in der gegenwärtigen Finanzkrise, nach den ganzen vorherigen Krisen.

Klare Verlierer werden diejenigen sein, die schon seit einer Weile auf dem Einkommensniveau von Hartz IV festgezurrert sind, ob sie nun arbeiten gehen, keine Arbeit mehr finden, zu krank oder zu alt dafür sind. Diese Menschen werden sich die Glitzerwelt dieses Einkaufszentrums und die „aufgewertete“ Innenstadt im Ganzen nicht leisten können. Die errichteten Barrieren in Form von teuren Wohnungen, Läden und Restaurants drängen ökonomisch Schwächere an den Rand der Stadt. Genau das ist das vorrangige Ziel des gesamten „Wettbewerblichen Dialogs“: Verdrängung der Armen aus der Innenstadt und Anlocken und Ansiedlung der Besserverdienenden.

## Folgen für den Hanauer Einzelhandel

Einer Studie der Universität Hamburg zufolge ist in 70 Städten mit Shopping-Centern über einen Zeitraum von zehn Jahren nur in

traut sich kaum einer so richtig dagegen aufzumucken. Übrigens gehören diese Leute auch zum Mittelstand, den OB Kaminsky & Co. in die Stadt locken will. Ein Teil von ihnen wird ebenso zu den Verlierern gehören, ob sie nun in der Hammerstraße, der Rosenstraße oder drumherum ihren Laden haben.

## Karstadt leer – aber weitere Einkaufszentren

### im Bau und in Planung

Besonders planvoll kann die Politik des Magistrats, angesichts des jetzt vor sich hin gammelnden Karstadt gleich daneben ein weiteres Einkaufszentrum setzen zu lassen, nicht genannt werden. Die Äußerung von Chefplaner Bieberle, da würden sich sicherlich noch Interessenten finden, ist doch sehr spekulativ. Die Innenstadt ist schon gut bestückt mit Geschäften aller Art. Wo soll denn die ganze Kaufkraft herkommen, wenn um die Ecke, am Kanaltorplatz, schon ein Einkaufszentrum gebaut wird? Und auf dem alten Gleisbauhof gleich noch eins gebaut werden soll – auch gegen den in diesem Fall vereinten Protest der Einzelhändler?

## Wozu also ein Shopping-Center auf dem Freiheitsplatz?

Schon vor Jahren wurden Pläne für ein großes Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz diskutiert. Nach heftigem öffentlichem Streit verschwanden die Pläne erst einmal in der Schublade. Im Jahr 2003 erklärte sogar der damalige Baustadtrat Müller bei einem Ideenwettbewerb zur Freiheitsplatzgestaltung, dass dort auf keinen Fall ein großes Einkaufszentrum in Frage komme, mit dem der Platz quasi zugebaut würde. (2) Auch der jetzige OB Claus Kaminsky sprach damals lediglich von einer „zurückhaltenden Bebauung“. (3)



## Den Freiheitsplatz als Klimazone erhalten und ausbauen!

Ein großes Problem in den Städten ist die zunehmende Versiegelung der Böden. Auch das Aufheizen der Innenstädte ist sehr problematisch. So heißt es im Klimagutachten für Hanau von 1992 (ein aktuelleres ist immer noch nicht veröffentlicht!), dass in Hanau die allgemein bekannten stadtklimatologischen Effekte im dicht bebauten Citybereich deutlich hervortreten. „Hauptkennzeichen ist eine Überwärmung und hohe Schadstoff- und Abwärmeemission; das Bioklima ist aufgrund dessen als ungünstig zu bezeichnen.“ Die klimaökologische Bedeutung von Park- und Grünflächen in der Innenstadt ist somit sehr groß und sollte weiter gefördert werden, anstatt mit dem Bau eines Einkaufszentrums den negativen Trend fortzusetzen.

Die Lebensqualität in Hanau würde erheblich gesteigert, wenn auf dem Freiheitsplatz Grünzonen als Kaltluftinseln geschaffen würden, statt den Platz als letzte große Freifläche städtischen Raumes (und damit auch als Klimaressource) mehrgeschossig zuzubauen.

## Bürgerpark statt Beton- und Glaswüste

Der Freiheitsplatz wäre also aus verschiedenen ökologischen Gesichtspunkten der ideale Platz für einen zentralen und öffentlichen BürgerInnen-Park. Es würde die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erheblich verbessern, wenn es einen Park zum Flanieren und Pausieren direkt in der Innenstadt gäbe, am besten in Verbindung mit einem Spielplatz. Auch die Platanen auf dem Freiheitsplatz – für die sich z.B. die Grünen engagieren, die ansonsten aber eifrige Verfechter des „Wettbewerblichen Dialogs“ sind – wären so in einer besseren Gesellschaft als direkt neben dem geplanten Einkaufszentrum. Der Busbahnhof könnte etwas verkleinert werden und die Parkplätze wie auch der Autoverkehr sollten am besten ganz verschwinden.

Fußnoten: (1) Interview mit der Autorin der Studie in Frankfurter Rundschau v. 12.12.2009: „Umsatzverluste sind zu befürchten“ - (2) Hanauer Anzeiger v. 27.6.2003: „Innenstadtverkehr in bessere Bahnen lenken“ - (3) <http://alt.gruene-fraktion-hanau.de/Wahlen/OB2003/Kaminsky.htm> - (4) [http://de.wikipedia.org/wiki/Personennahverkehr\\_in\\_Hasselt](http://de.wikipedia.org/wiki/Personennahverkehr_in_Hasselt)



## Public Private Partnership Kluges Finanzierungsmodell oder Gefahr für die Stadtkasse?

Im Zuge der Umgestaltung Hanaus lässt die Stadt das geplante Brüder-Grimm-Zentrum und eine Stadtbibliothek von einem Investor bauen und mietet danach für einen Zeitraum von 30 Jahren die Räumlichkeiten. Diese Art der Finanzierung von neuen Gebäuden ist unter dem Begriff "public private partnership", kurz PPP bekannt und wird als neue Art der Geldbeschaffung für die öffentliche Hand gepriesen. Doch welche Risiken bringt PPP langfristig mit sich? Wäre das Bauen in eigener Regie für die Stadt tatsächlich teurer? Zu diesen Fragen wird

Dr. Werner Rügemer  
(Publizist aus Köln und Experte für PPP-Projekte)

am Dienstag, 11. Mai 2010, um 19:00 Uhr in der Vereinsgaststätte des TSV 1860 Hanau "Sandelmühle", Philip-August-Schleißner-Weg 2a

Stellung beziehen.

Alle, die sich für aktuelle Fragen rund um den "Wettbewerblichen Dialog" interessieren, sind herzlich eingeladen!

Veranstalter: Innenstadt AG des Hanauer Sozialforums, verdi Bezirk Hanau, attac, Die Linke, DKP